

Herr Präsident, meine Damen und Herren,

bereits gestern in der Debatte zu den Kohlendioxid-Emissionen hatte ich für meine Fraktion erklärt, was wir von der Staatsregierung und selbstverständlich auch vom sächsischem Landtag erwarten.

Wir erwarten, daß diese ihrer Vorbildwirkung in allen Bereichen des Klima- und Umweltschutzes bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben nachkommen.

Ich möchte an dieser Stelle aber ausdrücklich darauf hinweisen, daß wir es als Nationaldemokraten nicht nur beim Bezug von Strom, sondern bei allen Beschaffungen und Vergaben von Einrichtungen des Freistaates Sachsen für erforderlich halten, daß verschiedene wesentliche Grundsätze dabei eingehalten werden.

Der politische Wille und die Glaubwürdigkeit eines Parlaments oder einer Regierung werden schließlich am ehesten danach bemessen, ob ihren Aussagen am Ende auch Taten folgen.

(Pause)

Neben Umweltaspekten müssen bei der Vergabe von Leistungen durch den Freistaat Sachsen aber genauso andere Kriterien wie wirtschafts- oder arbeitsmarktpolitische Vorteile für Sachsen beachtet werden.

Kurz gesagt, der Landtag und die Einrichtungen des Freistaates arbeiten nicht zum Selbstzweck, sondern sie sind in allererster Linie Hüter des öffentlichen Interesses.

Aus dieser Tatsache heraus ist es nur folgerichtig, wenn der Landtag bei der Vergabe von Leistungen ein politisches Ziel - und im konkreten Fall des Strombezuges die Stärkung der erneuerbaren Energien verfolgt.

Zur Ermittlung der wirtschaftlichsten Lösung müssen aber politische Kriterien, vor allem im Sinne der Nachhaltigkeit Berücksichtigung finden.

Es ist das erklärte Ziel des Freistaates Sachsen, den Anteil der erneuerbaren Energien mittelfristig zu steigern.

Dazu sind Fördermittel nötig und selbstverständlich auch berechtigt.

Schließlich kann eine Umstellung der Energiezeugung nicht von heute auf morgen vollzogen werden, weil die entsprechenden Anlagen erst einmal errichtet werden müssen.

Ein Teil dieser Fördermittel ließe sich an anderer Stelle sicherlich einsparen, weil die erneuerbaren Energien allein durch die breitere Nutzung gestärkt würden.

Unter heutigem Gesichtspunkt mag man natürlich denken, daß der Strom aus der Braunkohle „billiger“ sei als der Strom aus regenerativen Energien.

Billig bedeutet aber nicht zugleich wirtschaftlich!

(Pause)

Von der Kohle-Lobby wird häufig behauptet, erneuerbare Energien würden gefördert und die Braunkohle dagegen wäre subventionsfrei.

Die Braunkohle ist mitnichten ein subventionsfreier Energieträger!

Der Steuerzahler subventioniert die Braunkohlenwirtschaft in Deutschland jedes Jahr mit mehr als 4,5 Milliarden Euro. Sei es nun über die kostenlose Zuteilung von Emissionszertifikaten oder über Zuschüsse für die Rekultivierung der beim Abbau entstandenen Mondlandschaften.

Diese Zahl wurde nicht von radikalen Umweltschützern und auch nicht von irgendwelchen Verschwörungstheoretikern ermittelt, sondern sie ist das Ergebnis einer Studie des Umweltbundesamtes, dessen Glaubwürdigkeit hier im Haus sicherlich niemand bestreiten möchte.

Eine zukunftsorientierte Energiepolitik kann sich auf Dauer nicht an fossilen Brennstoffen orientieren.

Den erneuerbaren Energien ist in Zukunft der Vorrang zu geben, um langfristig den CO₂-Ausstoß zu verringern und um positive Effekte für die Regionalwirtschaft und den Mittelstand in Sachsen zu nutzen.

Damit dies nicht nur ein Lippenbekenntnis bleibt, sollte es eine Selbstverständlichkeit sein, daß der Landtag und die Einrichtungen des Freistaates Sachsen mit gutem Beispiel voran gehen.

Mit dem heutigen Beschluß kann der Ausbau der erneuerbaren Energien ein Stück weiter vorangebracht werden.

Die NPD wird dem vorliegenden Antrag zustimmen.

Ich danke für ihre Aufmerksamkeit....